

4955/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Ing. Nußbaumer und Kollegen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend "Multilateral Agreement on Investment" (MAI)
Die OECD - Verhandlungen über das "Multilateral Agreement on Investment" (MAI) werden im Oktober wieder aufgenommen. Die Unterbrechung der Verhandlungen resultierte aus den allgemeinen Verunsicherungen und Vorbehalten einer Reihe von Interessensvertretungen, Wissenschaftern, Politikern, den Medien und nicht zuletzt des Europäischen Parlamentes, welches mehrheitlich die Empfehlung abgab, auf nationaler Ebene gegen den Vertragsentwurf vom Februar 1998 zu stimmen.

Zur Erhöhung der Transparenz über den MAI - Vertragsentwurf und die diesbezügliche Position der Bundesregierung stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

ANFRAGE

1. Welche staatlichen Kompetenzen und welche Kompetenzen der EU sollen durch das MAI abgetreten werden?
2. Welche sozialen und ökologischen Standards wird das MAI beinhalten?
3. Welche demokratischen Beteiligungs- und Kontrollrechte stehen Österreich nach einer Unterzeichnung des MAI - Abkommens zur Verfügung?
4. Laut Entwurf für das MAI - Abkommen, würden soziale Integrations- und Steuerfunktionen genauso wie normative Regelungskompetenzen vom Nationalstaat auf eine supranationale Ebene gehoben.
A) Sind Sie der Ansicht, daß der Nationalstaat seine soziale Integrations - und Steuerungsfunktion verlieren soll?
Wenn ja, warum?
B) Sind Sie der Ansicht, daß der Nationalstaat normative Regelungskompetenzen preisgeben soll?
Wenn ja, warum?

5. Aufgrund der Komplexität von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, gibt es viele Stimmen die eher lokale, regionale bzw. innerstaatliche Regelungen wollen.
Sind Sie der Ansicht, daß dieses Subsidiaritätsprinzip verstärkt werden soll?
Wenn ja, warum?
Wenn nein, warum nicht?
6. Welche länderspezifischen und allgemeinen Ausnahmeregelungen sind im Rahmen der MAI - Verhandlungen beantragt? (Bitte auch um Auflistung je Land)
7. A) Welche österreichischen Nichtregierungsorganisationen (NGO's) wurden seitens der österreichischen MAI - Verhandler angehört bzw. in die Verhandlungen miteinbezogen?
B) Welche Vorschläge wurden von diesen unterbreitet?
C) Wie wurden diese Vorschläge von den österreichischen Verhandlern eingebracht bzw. umgesetzt?
8. Der MAI - Vertragsentwurf sieht vor, daß es zukünftig bei Investitionen ausländischer Unternehmungen verboten ist, standortbezogene Auflagen zu machen. Beispielsweise wäre es nicht möglich ausländische Unternehmungen zur Schaffung einer gewissen Anzahl von Arbeitsplätzen oder der Verwendung heimischer Vorprodukte zu verpflichten. Welche Vorteile verspricht sich das Wirtschaftsministerium von einer derartigen Regelung?
9. Erhalten ausländische Investoren durch das MAI - Abkommen das Recht, Österreich wegen Maßnahmen zu verklagen, die ihrer Meinung nach die Eigentumsrechte oder die Realisierung von Profiten auch nur beeinträchtigen würden?
10. Welches sind die Gründe, daß bei Auslandsinvestitionen, die Frage der Besteuerung nicht verankert wird?
11. Ist durch die vorgesehene Regelung im MAI - Abkommen, daß Gewinne frei transferiert werden können, eine Abnahme an zu versteuernden Gewinnen ausländischer Investoren in Österreich zu erwarten?
12. Welche Tätigkeitsbereiche im MAI - Abkommen fallen unter den Begriff „Schlüsselpersonal“? (Bitte um Auflistung der Tätigkeitsbereiche und um Feststellung, ob der Facharbeiter hinzuzählt.)

13. Welche Tätigkeitsbereiche sollen Ihrer Ansicht nach keine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung erhalten?
14. Warum sieht das Streitbeilegungsverfahren im MAI - Abkommen ausschließlich ein Klagerecht für Investoren vor und nicht auch für Gemeinden, ArbeitnehmerInnen und ihre Interessenvertretungen oder NGO's?
15. Welcher Einfluß wird auf die MAI - Verhandlungen von der WTO ausgeübt?
16. Welche Stellungnahme hat die WTO zum MAI - Vertragsentwurf abgegeben?
17. Ist es Ihrer Ansicht nach richtig, für das MAI - Abkommen ein eigenes Schiedsgericht zu schaffen und nicht bestehende internationale Gerichte damit zu beauftragen?
Wenn ja, warum?
Wenn nein, warum nicht?
18. Sind Sie der Meinung, daß das im MAI - Abkommen vorgeschlagene private Schiedsgericht anstehende Verfahren besser abwickeln kann als internationale Gerichte?
Wenn ja, warum?
Wenn nein, warum nicht?